

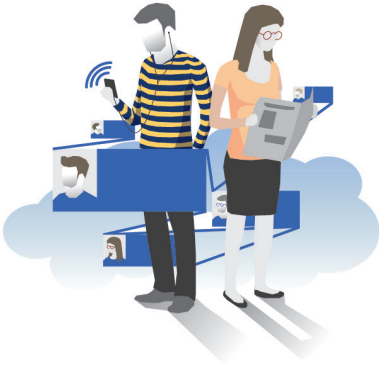
NEUTRAL, SCHNELL & EINFACH

Über Abstimmungen
& Wahlen informiert!

Abstimmung am:

04.03.2018





Die jährlich pauschal erhobenen Empfangsgebühren zur Finanzierung des Service-public-Auftrags in der Schweizer Radio- und Fernsehlandschaft sollen per Verfassungsartikel vollständig abgeschafft werden. Auch die Definition von gesellschaftlichen Zielen von Fernsehen und Radio werden aus der Verfassung gestrichen. Die SRG sowie zahlreiche weitere lokale und regionale Radio- und Fernsehstationen erhalten keine Bundesgelder mehr.

Die Vorlage möchte die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen und so für mehr Medienfreiheit und -vielfalt sowie für finanzielle Entlastung sorgen.

*Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren
(Abschaffung der Billag-Gebühren)*



CH

Die **Empfangsgebühr** richtet sich unfairerweise nicht nach der effektiven Mediennutzung. Haushalte und Unternehmen sollen deshalb von dieser «Zwangsgebühr» befreit werden.

Eine **gebührenfinanzierte** Schweizer Radio- und Fernsehlandschaft führt zu Marktverzerrungen. Darunter leidet die Medienfreiheit und -vielfalt.

Die **SRG** als Hauptempfängerin von Gebührengeldern ist hochgradig von der Politik abhängig. Zudem sendet sie zahlreiche Formate, welche nicht dem Service-public-Auftrag entsprechen.

Dafür

Ohne die Empfangsgebühr sind die SRG sowie zahlreiche weitere gebührenempfangende Radio- und Fernsehstationen akut in ihrer Existenz bedroht.

Ein **massiver** Rückgang von Medienfreiheit und -vielfalt wäre die Folge. Eine reine Finanzierung über Werbung ist wirtschaftlich nicht rentabel.

Unabhängige und sachliche Informationen sowie der interregionale Medienfinanzausgleich bilden Grundpfeiler für die Demokratie und den nationalen Zusammenhalt. Nur mit einer Gebühr können diese garantiert werden.

Dagegen



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Bei einem Ja zur Finanzordnung 2021 wird die verfassungsrechtliche Kompetenz des Bundes zur Erhebung der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer bis 2035 verlängert. Zusätzlich wird die überflüssig gewordene Übergangsbestimmung zur Erhebung der Biersteuer aus der Verfassung gestrichen.



Das Recht des Bundes zur Erhebung der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer soll bis 2035 verlängert werden.

Obligatorisches Referendum zur Finanzordnung 2021



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Die Befristung ermöglicht es Volk und Ständen auch weiterhin in regelmässigen Abständen über die beiden zentralen Steuern zu diskutieren. Ein Wegfall dieser Steuern steht momentan ohnehin nicht zur Diskussion.

Ohne die Einnahmen aus den beiden Steuern kann der Staat seine Aufgaben nicht mehr im gleichen Umfang wahrnehmen. Die Erhebung der Steuern sollten deshalb nicht befristet, sondern unbefristet verlängert werden.



CH

Dafür

Dagegen

Über Vimentis

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 60 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

Wen wähle ich in den Nationalrat?

Vimentis – Einfach Wählen findet in wenigen Minuten die Kandidierenden, welche Ihrer politischen Meinung am nächsten sind.

Wie stimme ich ab?

Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.

**Weitere Infos auf
vimentis.ch**

